

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 11 1.6. 2014

eine halbe million wähler von der cdu.csu zur afd ! manfred weber, csu, neuer evp-fraktionsvorsitzender? + medien und märchen + junckers ehrenpräsidentenschaft der eucda + fast alle medien ignorieren die transnationalen parteien durch unsinn wie "partiefamilien" + probleme der posten-vergabe nach d'hondt + sonderbericht polen: die regierung tusk siegte für europa

Nach der Europawahl: Peinliche Krämpfe und Kämpfe

Wahlsieger Jean-Claude Juncker im Visier von Hassern und Wählertäuschern

Die Auftritte des britischen Premiers und Wahlverlierers David Cameron gerieten am 26. und 27. Mai zu Hasstiraden. Juncker sei "einer des alten Europa". Gegen "solche Leute" müssten sich "unsere" Nationalstaaten entschlossen wehren. Während alle demokratischen Parlamentsfraktionen gleich nach der Wahl den Sieger Juncker wollten, ließ Cameron - wie schon vor der Wahl - die Brüsseler Welt wissen, er akzeptiere überhaupt keinen der Spitzenkandidaten. Das Schlimmste kam dann noch: Seine Delegation zählte bald auf, wer Cameron helfe: "Vor allem Ungarn, aber auch Holland, Finnland und Schweden." Und Angela Merkel? "Sie auch, vor allem durch Offenhalten der Entscheidung." Kommentar überflüssig.

Wir werden Wochen mit voll aufgedrehten Gerüchtemühlen erleben. Schon fasseln Provinzzeitungen, Juncker sei schon "demontiert". Was ist die tatsächliche Lage?

1. Den "Rechtsruck" des Europaparlaments gibt es, doch er blieb geringer als befürchtet.
2. Pro-Europäer stellen weiter zwei Drittel des Hauses. Vier Fraktionen: EVP, SPE, LIB und Grüne.
3. Dass die französischen Neu-Faschisten unter Marine Le Pen (FN) schon bald eine neue Fraktion zusammenbekommen können, stand längst fest, denn dazu braucht man nur 3 - 4 Einzelmandate aus 3- 4 Ländern, um den Block aus Franzosen, Wilders-Holländern, FPÖ und Lega Nord zu ergänzen. Die übrige Masse neuer "Euroskeptiker", darunter die deutschen AfD-Leute, werden im Parlament einflußlos bleiben, weil sie keine starken Ausschuss-Positionen besetzen können.
4. Das jetzige Verhalten des Rats war vorhersehbar. Weder Juncker noch Schulz konnten die wirklich führenden Politiker der Sozialdemokraten und Christdemokraten Europas geschlossen hinter sich bringen. Labour z.B. lehnte Schulz offen ab, skandinavische Chefs denunzierten Juncker. Zahlreiche Regierungsmitglieder zeigten sich irritiert von der Tatsache, dass viele Medien den Spitzenkandidaten mehr als den "Chefs" halfen.
5. Es ist Tatsache, dass es nicht nur um den Kommissionspräsidenten gehen kann. Wer wird Parlamentspräsident? Ein Sozialist, wenn Juncker auf Barroso folgt, oder ein Liberaler, wenn sich seine Fraktion auf ein "Paket" einlässt? Was gibt "man" dem Osten Europas? Einen Ashton-Nachfolger aus dem Osten? Wer wird permanenter Ratspräsident nach Van Rompuy?



Föderalisten. Martin Schulz & Jean-Claude Juncker

6. Fest scheint zu stehen, dass sich Juncker und Schulz, ohnehin per Du, längst über Formen der Zusammenarbeit verständigten. Würde Schulz deutscher Kommissar und Vize unter Juncker, wäre diese Lösung so perfekt wie zugleich fürchterlich aus dem Cameron-Blickwinkel.

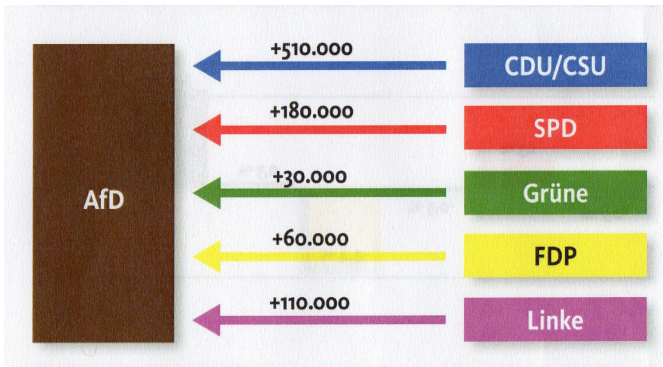
7. Niemand spricht jetzt über die ganz hoch angesiedelte Lobby. Doch welche Lösung müssten Wirtschaft und Banken wollen? Sicher keine, die zu Dauerkämpfen zwischen Rat und Kommission führt. Sicher auch keine, die sich

von der neuen Sparsamkeit wieder verabschiedet. Keine, die ausgerechnet jetzt London stützt.

Folgen für Deutschland

Es wird in der Union Debatten über den Wahlkampf und damit verbundene Probleme geben müssen. Hunderte haben gefragt, weshalb es kein Plakat Merkel/Juncker gab. CDU-Landesvorstände klagten, aus Berlin komme zu wenig Hilfe. Die Taktik gegenüber der AfD war unklar. Aus Berlin kam vom CDU-Generalsekretär die Parole "Möglichst ignorieren". Der gleiche Mann ließ die Pressekonferenz beim Juncker-Auftritt nicht einmal ins Adenauer-Haus!

Und ein CDU-Ministerpräsident sagte nach der Wahl in seinem Landesvorstand, "man" könne sich den Erfolg der AfD "gar nicht erklären". Die folgende Grafik ist dazu ein guter Kommentar:



Ein Riesenfehler war es, bei der AfD nur Euro-Skepsis zu vermuten und von einer "Ein-Thema-Partei" zu reden. Kleine Zeitungen wie die "Junge Freiheit", "Der Schlesier" und das rechtsradikale Magazin "Zuerst" trommelten wochenlang für die AfD mit rechten Themen, Sympathie-Werbung für Putin und Geschichtsfälschungen. Nichts davon wussten die Medien und nichts die Unionsteilnehmer in Talkshows. Der Abmarsch von Unionswählern zur AfD ist in der Tat nur zu etwa 50% europapolitisch motiviert. In Sachsen holte die AfD

10,1%. Und siehe da: Auch zu Lasten der NPD! Die CDU/CSU braucht ganz neue Contra-Taktik.

Die CDU verlor je ein Mandat in Hamburg, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg. Die CSU jedoch verlor 3 von 8 Mandaten. Die Verluste der Union insgesamt gehen daher zu 2/3 auf Seehofer-Rechnung. Inzwischen hat sich die CSU-Spitze intern schroff vom Europa-Rechtskurs á la Peter Gauweiler verabschiedet. Gauweiler selbst blieb unbelehrbar und sagte den



Manfred Weber MdEP/CSU/EVP

Medien, er trage "natürlich" Verantwortung für die Niederlage, doch glaube er weiter, dass man "für die richtige Politik Rückschläge in Kauf nehmen muss". Da sei Gerhard Schröder mit seiner Agenda-Politik Vorbild.

Dass es auch sehr kluge CSU-Europapolitiker gibt, bewies die CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion. Ihr CSU-Mitglied Manfred Weber wird bald Präsident der ganzen EVP-Fraktion.

Schwierig wird es für die CDU/CSU bei der internen Postenbesetzung im Europäischen Parlament. Denn 1. sank die EVP-Gesamtfraktion von 275 auf 214 Mandate, 2. die deutsche Gruppe verlor 8.

Dies bedeutet, dass die Vergabe der guten Posten nach dem System d'Hondt etwa halbiert wird.

Drei Posten-Arten sind wichtig: a) Ausschuss-Vorsitze, b) Parlamentsvizepräsidenten, c) Chefs der Parlamentsdelegationen, z.B. für Beziehungen zu den USA oder Russland.

Heruntergerechnet auf allein die CDU/CSU-Mandate heißt dies: Nur zwei Ausschuss-Vorsitze und zwei Delegationschefs, ein Vizepräsident. Irgendwie wiegt natürlich ein deutscher Fraktionschef mit. Einigkeit herrscht darüber, dass der so genannte Spitzenkandidat McAllister als EP-Neuling keinen Ausschuss führen könnte, vielleicht aber die ASEAN-Delegation. Ausgetüfelt war am 29.5. noch nichts. Doch Herbert Reul wurde einstimmig wieder CDU/CSU-Gruppenchef. Hoffentlich behält Elmar Brok den Auswärtigen Ausschuss.

Medien und Märchen

Vor etwa zwanzig Jahren gab der Chefredakteur einer feinen großen Zeitung in Berlin die Weisung "Es muss sich mal ein Volontär um diese sogenannten Europawahlen kümmern, es dauert ja nur ein paar Wochen". Nach jeder Wahl der Straßburger Völkervertretung ging deren Vernachlässigung durch die Medien immer weiter, ab und zu unterbrochen durch verächtliche und häufig inkompetente Kommentare. Da überlebte dann auch die angeblich von teuren "Eurokraten" geregelte Brüsseler Banane in Zeitungen und auf Bildschirmen. Es hatte die berühmte Bananen-

Regelung **durch die Kommission** nie gegeben, Bananen waren und sind halt krumm. Deshalb hatten sich die **Bananenhändler** auf Regeln geinigt, die "Europa" in die Schuhe geschoben wurden. Dies wiederholte sich z:B. mit einem europäischen "Einheitskondom", erfunden in "Brüssel". Gegen *norwegischen Einspruch". Norwegen ist gar nicht Mitglied der Europäischen Union!!!

Dies war auch die Zeit, als Franz Josef Strauß eine "EG-Richtlinie" für Karamellbonbons mit 180 DIN-A-Seiten im Wahlkampf hochhielt, die es ebenfalls nie gegeben hat. Das Papier war jedoch ein Kooperationsplan der EG-Süßwarenindustrie.

Nach der politischen Wende in Europa und mit der EG-Erweiterungsdebatte gerieten die Brüsseler Märchen in die hinteren Reihen, ganz weg gingen sie nie. Zugleich begannen erstmals breitere Debatten über Weg und Ziele in der EU. Dies nutzte



auch dem Parlament. Die Medien nahmen nun weniger distanziert Kenntnis von den Sitzungen, doch ohne echte Beiträge zum Verstehen der Völkervertretung zu leisten. Wenige Zeitungen bildeten gute Ausnahmen, an der Spitze die FAZ. Doch erst mit dem Aufkommen "eurokritischer" oder "euroskeptischer" Parteien begannen sich die im Äther herrschenden Medien umzustellen.

Die Bilanz blieb kläglich: Man drang nie wirklich in den realen europäischen Prozess ein, von den deutschen Europaabgeordneten in unseren Talkshows kommt quasi einer auf zehn Gysis oder oft gar keiner. Straßburger Debatten werden mit der Ausrede "Sprachenwirrwarr" fast nur in den Sender PHOENIX eingesperrt. Im Hörfunk halten sich EU-"Skandale" und für die Hörer schwerverständliche Fachberichte, z.B. aus dem Bereich Wirtschaft & Währung die Waage.

Ich habe die Anmerkungen nach dem Wahltag so geschrieben, weil es seit der Aufstellung von EP-Spitzenkandidaten vor der Europawahl tatsächlich und erstmals eine qualifizierte Medien-Veränderung gab. Talkshows öffneten sich für Europa, wenn auch bei fast jeder nur schwache Kenntnisse von Moderatoren sichtbar wurden, die ja gleichzeitig lernen mussten, wo die Ukraine ist und wie der "unbekannte" Jean-Claude Juncker EP-Kandidat wurde. Und sie wussten auch nicht, dass die *transeuropäischen* Parteien EVP und SPE schon *seit über zehn Jahren* auf Kongressen (Parteitagen) eben diese Spitzenkandidaturen gefordert hatten.

Auch stempeln viele Medien uns Christdemokraten weiter penetrant zu "Konservativen", obschon die EVP-Christdemokraten vom ersten EVP-Kongress in 1978 an viermal diese Kennzeichnung begründet abgelehnt hatten. Mediengeheim blieb auch, **dass Juncker Ehrenpräsident der EVP-Arbeitnehmergruppe EUCDA ist und seit Jahrzehnten in der linken Mitte steht.**

Doch seit dem Wahltag reden Moderatoren plötzlich über die EVP als "**die Volksparteien**" weil sie offenbar nicht wissen, dass diese und auch die "transnationale Partei" der Sozialdemokraten, die SPE, weder "Familien" noch "Partei-Blöcke" sind, auch keine "Zusammenschlüsse", sondern **echte Parteien** mit Präsidenten und kompletter Parteistruktur, Satzung, Beschlussgremien, Generalsekretären, Beiträgen, Partei-Budget und Büroorganisation. EVP, SPE und die Liberalen haben außerdem Stiftungen und Forschungseinrichtungen, Zeitschriften und Medien-Sprecher. Sie sind im belgischen und europäischen Recht verankert. Dies alles kommt in ARD.ZDF fast nie vor.

So kann man in diesen Tagen auch das Märchen von den Brüsseler "Hinterzimmern" voller Intriganten am Leben halten. Auf einer der folgenden Seiten findet man eine Meldung/Beschreibung vom EVP-Gipfel nach der Wahl (27.5.) Auch er war nicht "Zusammenkunft" (WDR), sondern satzungsgemäße Sitzung **mit Protokoll und Pressekonferenz.**

EVP-Gipfel in Brüssel, 27. Mai 2014



EU heads of state and government and opposition leaders of the European People's Party (EPP), along with the Presidents of the European Council and the European Commission - **Herman VAN ROMPUY** and **José Manuel BARROSO** - will participate in the upcoming Summit of the Party, which will take place in Brussels, on 27 May. On the agenda will be the victory of the EPP in the European elections and the preparation of the informal meeting of the European Council.

EPP President **Joseph DAUL** will host the EPP Summit. The EPP Secretary General **Antonio LÓPEZ-ISTÚRIZ** and the members of the EPP Presidency will also attend. The EPP candidate for President of the European Commission **Jean-Claude JUNCKER** will be present.

Angela MERKEL (Germany), **Mariano RAJOY** (Spain), **Traian BĂSESCU** (Romania), **Viktor ORBÁN** (Hungary), **Donald TUSK** (Poland), **Fredrik REINFELDT** (Sweden), **Laimdota STRAUJUMA** (Latvia), **Enda KENNY** (Ireland), **Antonis SAMARAS** (Greece), **Jyrki KATAINEN** (Finland), **Pedro PASSOS COELHO** (Portugal) and **Nicos ANASTASIADES** (Cyprus) will participate at the Summit.

Moreover, Deputy Prime Minister **Pieter DE CREM** (Belgium), Deputy Prime Minister **Pavel BĚLOBRÁDEK** (Czech Republic), Vice Chancellor **Michael SPINDELEGGGER** (Austria) and Minister of Interior **Angelino ALFANO** (Italy) and opposition leaders **Boyko BORISSOV** (Bulgaria), **Jan FIGEL'** (Slovakia), **Janez JANŠA** (Slovenia), **Tomislav KARAMARKO** (Croatia), **Andrius KUBILIUS** (Lithuania), **Sybrand Van HAERSMA BUMA** (The Netherlands), **Lars BARFOED** (Denmark) and **Urmars REINSALU** (Estonia) will also attend the party Summit.

EVP-Gipfel am 27. Mai 2014

16.00 bis 19.00 Uhr Brüssel

Ergebnisse der Europawahl nach Ländern



DEUTSCHLAND

Vieles, wenn auch nicht alles fand man in den Zeitungen. Fast alles ist besser als 2009 verarbeitet und erklärt. Die Deutschland betreffenden Grafiken in Zeitungen stimmen fast alle, wenn es auch dämlich wirkt, wenn sie sagen, "die Konservativen" hätten gewonnen und in den von Agenturen gelieferten Grafiken korrekt von EVP = Christdemokraten die Rede ist. Die für "konservativ" verantwortlichen Agenturen waren zu Anfang (1979) alle englisch. DPA hat die Briten dann nachgeäfft. Beschwerden der EVP-Fraktion blieben erfolglos. Auch

erreichte die Bundes-CDU keine Klarheit in den Medien.

Die CDU verlor am 25. Mai 2014 je ein Euro-Mandat in Hamburg, NRW, RhPf, Saar, BW. Die CSU verlor 3 von acht Mandaten, darunter jenes des Paneuropa-Präsidenten Bernd Posselt. Die Verluste der Unionsparteien gehen zu über 80% zu Lasten der CSU. Dennoch hat CSU-Mann Manfred Weber jetzt Chancen auf den Vorsitz der EVP-Fraktion, wenn dafür ein Deutscher akzeptiert wird,

was für wahrscheinlich gehalten wird.

Die CSU-Verluste sind sehr ungleich verteilt. Die Strauß-Tochter Monika Hohlmeier verlor im Fränkischen weit weniger als die Kandidaten in Großstädten. Die AfD holte in Bayern fast 8% und wird nur von Sachsen mit über 10% geschlagen. Die Freien Wähler legten in Bayern gut zu. Durch sie, die AfD und Nichtwähler rutschte die Seehofertruppe auf 40.5% nach stolzen 48.1 vor fünf Jahren.

Im Gespräch mit **ContraSalon** sagte mir Franz Ludwig Graf Stauffenberg, das Debakel rühre in einem großen Teil Bayerns aus der "Lust, es Seehofer mal zu zeigen". Die in der CDU zu hörenden Meinung, Karlsruhe-Kläger Peter Gauweiler habe abgestoßen, hält Stauffenberg für falsch. Der Slogan "Wer betrügt, der fliegt" habe in ganz Bayern sehr wohl gezogen, vor allem weil in großen Städten eine entsprechende Asylbewerber-Lage gegeben sei. Eher habe das Hin und Her von Horst Seehofer in Berlin bayerische Bürger abgestoßen.

Belgien 21 Sitze	Die Belgien ablehnende <i>Neu-Flämische Allianz</i> ist Wahlsiegerin. Sie nahm von Wahl zu und führt inzwischen. Es folgen Liberale und flämische Christdemokraten. Bei den Frankophonen liegen die Sozialisten und die frankophonen Liberalen vorn. (= 6 Lib, 4 EVP, 4 SOZ, 6 Grün, 1 dtsh.Minderheit)
Bulgarien 17 Sitze	Die oppositionelle bürgerliche GERB gewinnt mit klarem Vorsprung vor den regierenden Sozialisten (PES) von Sergej Stanischew. GERB-Chef Boiko Borissow forderte den «umgehenden Rücktritt» der Regierung, obwohl der kleinere Koalitionspartner, die Türkenpartei DPS, gut abschnitt. Die EU-feindliche Ataka verfehlt diesmal den Sprung ins EU-Parlament. Wahlbeteiligung: 35,5 Prozent.
Dänemark 13 Sitze	Die rechtsaußen stehende Dänische Volkspartei («Dansk Folkeparti») ist nun stärkste Kraft des Landes (4 Sitze). Sie dürfte nicht zum Bündnis Le Pen/ Wilders stoßen. Die Sozialdemokraten haben 3 Sitze. EVP 1, Lib 3, div.Grüne 2. Wahlbeteiligung: 56,4 Prozent.
Estland 6 Sitze	Lib 3, EVP 1, Soz 1, Grüne 2, Cons. 1. Wahlbeteiligung: 36,44 Prozent.
Finnland 13 Sitze	Die Rechtsaußen-Partei <i>Wahre Finnen</i> hat zwei Sitze, die EVP-Partei der Sammlung hat 3 im neuen EU-Parlament. Lib hat 4, div.Grün 2, EDF 2, Soz 2. Wahlbeteiligung: 40,9 Prozent.
Frankreich 74 Sitze	Die neuen Zentristen von Bayrou und Barloo erreichten 10% und stärken nun die UMP-Opposition, die freilich hinter der Front National von Marine Le Pen liegt, für die jeder Vierte stimmte. Abgeschlagen auf rund 13% rangieren die regierenden Sozialisten von Präsident François Hollande. Wahlbeteiligung: 42,4 Prozent.
Griechenland 21 Sitze	Die oppositionellen extrem radikalen Linken (Syriza) um den europaweiten linken (plus Kommunisten)-Spitzenkandidaten Alexis Tsipras wurden stärkste Kraft in Griechenland (8 Sitze). Die Regierungspartei Nea Dimokratia (EVP) erhielt nur 6 Sitze. Drittstärkste Kraft ist die rechtsradikale und rassistische Partei <i>Goldene Morgenröte</i> . Wahlbeteiligung: 58,2 Prozent.
Grossbritannien 73 Sitze	Einen Erdrutsch schaffte die rechtspopulistische UKIP = 24 Abgeordnete nach Strassburg gegen nur 19 der Konservative Camerons. Bisher hatten die Briten die konservative ECR-Fraktion führen können, dies verlangen nun deren polnische (19) Mitglieder aus de Partei PiS.

UKIP-Chef Nigel Farage bezeichnet den Wahlausgang als «aussergewöhnlichstes Ergebnis seit 100 Jahren». Labour schaffte 20 Sitze, die Grünen nur 3, obschon sie auf Fracking-Verbot setzten. Den LIBs blieb ein einziger Sitz. Wahlbeteiligung: 36 Prozent.

**Irland
11 Sitze**

Die irischen Wähler strafen ihre Regierung in Dublin ab. Die christdemokratische Fine-Gael-Partei von Premier Enda Kenny schaffte nur 4 Sitze, die mit ihr regierenden Sozialdemokraten liegen deutlich dahinter. Unabhängige profitierten. Ziemlich Zuwachs hatte die linksgerichtete Sinn-Fein-Partei um Ex-IRA-Mann Gerry Adams. Wahlbeteiligung: 51,6 Prozent.

**Italien
73 Sitze**

Die Demokratische Partei (PD) von Regierungschef Matteo Renzi hat die erste Bewährungsprobe nach dem Machtantritt bestanden. Seine PD wird stärkste Kraft. mit 40.8%. Dahinter folgt die populistische Fünf-Sterne- Bewegung (M5S) des Komikers Beppe Grillo. Er hatte großmäulig auf 25% gesetzt und landete bei 21. Die Oppositionspartei Forza Italia (FI) von Ex- Regierungschef Silvio Berlusconi landete mit etwas über 18% nur auf Platz drei. Erfreulich: Die neue christlich-demokratische **Nuovo Centrodestra** des Innenministers Alfano kam über die 4-Prozent-Hürde (4.5%). Wahlbeteiligung: 60 Prozent.

**Kroatien (11
Sitze)**

Die oppositionelle EVP-Partei HDZ hat mit 6 Sitze gewonnen. Die regierenden Sozialdemokraten schafften 4 Sitze. schicken vier Parlamentarier nach Brüssel und Strassburg, die Grünen nur einen. Einer gilt als Unabhängiger. Die Wahlbeteiligung beim jüngsten EU-Mitglied lag bei 25,2 Prozent.

**Lettland
8 Sitze**

Grosser Gewinner in Lettland ist der Block der Regierungschefin Laimdota Straujuma mit vier (EVP) der acht lettischen Sitze. Mit der Russischen Union Lettlands gewann auch eine prorussische Partei ein Mandat im EU-Parlament. Grüne/EFA 2, SOZ 1. Wahlbeteiligung: 30 Prozent.

**Litauen (11
Sitze)**

Sieger sind die oppositionellen Christdemokraten (4 Sitze) knapp vor LIB mit 3 und den regierenden Sozialdemokraten (2 Sitze). Auch dem Bauern- und Grünenbund gelang der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Wahlbeteiligung 47,28 Prozent

**Luxemburg
6 Sitze**

Stärkste politische Kraft wurde die oppositionelle Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) des langjährigen Regierungschefs Jean-Claude Juncker. Sie hat 3 Sitze. Die drei Regierungsparteien (LIB, SOZ, GRÜN) verloren und haben zusammen 3 Sitze. Wahlbeteiligung: 90 Prozent (Wahlpflicht)

**Malta
6 Sitze**

Deutlich vorn liegt die Labour Party (4 Sitze) An zweiter Stelle (2 Sitze) landete die EVP-Partei PN. Wahlbeteiligung: 74,8 Prozent.

**Niederlande
26 Sitze**

Christdemokraten haben 5 Sitze (minus 1), Sozis 3,. Die linksliberale Partei D66. siegte mit 7 Sitzen, Geert Wilders verlor die Hälfte und hat 4 Sitze. Grüne haben 2 Sitze. Weitere sind linke Grüne und christl. Fundamentalisten.

**Österreich
18 Sitze**

Die christdemokratische ÖVP bleibt in Österreich stärkste Kraft = 5 Sitze, SPÖ auch 5 Sitze. Wieder zugelegen konnte die Rechtsaußen-FPÖ = 4 Sitze. LIB 1,

Grüne 1.
Wahlbeteiligung: 45,7 Prozent.

**Polen
51 Sitze**

Zu Polen bringen wir weiter hinten einen Sonderbericht

**Portugal
21 Sitze**

Portugals Wähler verpassten der Regierung einen Denkkzettel. Im Ergebnis liegt die «Allianz Portugal» der Koalitionspartner PSD (EVP-Mitglied) und CDS/PP nach nur auf Rang zwei hinter der Sozialistischen Partei. Sitze: EVP 7, SOZ 8, Grüne 4, andere 2.
Wahlbeteiligung: 34,5 Prozent.

**Rumänien
32 Sitze**

Rumäniens regierende Sozialisten (PSD) gewinnen die Wahl und 18 Sitze haushoch. Das EVP-Lager holte 8. Zur LIB gehen 5 Nationalliberale. Hinzu kommt ein Ungar.
Wahlbeteiligung: 32,1 Prozent.

**Schweden
20 Sitze**

Wenige Monate vor der Parlamentswahl im September haben die Schweden ihrer Regierung einen kräftigen Dämpfer verpasst. Die **Moderata (Sammlung, EVP-Mitglied)** von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt wird nur noch drittstärkste Kraft: 4 Sitze. SOZ sind Sieger mit 6 Sitzen. Grüne 3 Sitze. Der Rest Liberale und Rechte.
Wahlbeteiligung: 48,8 Prozent.

**Slowakei
13 Sitze**

Die sozialdemokratische Regierungspartei siegt und bekommt vier Sitze, die restlichen neun verteilen sich auf 6 EVP und drei Splitterparteien.
Wahlbeteiligung: 13 Prozent.

**Slowenien
8 Sitze**

Die EVP-Oppositionspartei SDS gewinnt klar. Sie sichert sich mit 24,9 Prozent der Stimmen drei der acht slowenischen Sitze. Eine Wahlkoalition landet auf Platz zwei. Mehrere kleine Parteien schicken je einen Abgeordneten nach Brüssel. Wahlbeteiligung: 20,9 Prozent.

**Spanien (54
Sitze)**

Die regierende Volkspartei (PP), EVP-Mitglied, gewinnt die Europawahl in Spanien zwar knapp, erleidet aber im Vergleich zum Urnengang von 2009 herbe Verluste: Nur noch 16 Mandate! Auch die sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) fiel ab auf 14 Sitze. LIB 3, div. Grüne 4+6, andere z.B. Regionalisten 11.
Wahlbeteiligung: 45,9 Prozent.

**Tschechien
21 Sitze**

Nur vier Monate nach seinem Amtsantritt hat Ministerpräsident Bohuslav Sobotka eine Wahlschlappe erlitten. Seine sozialdemokratische CSSD hat nur 4 Sitze, das EVP-Lager hat 7, LIBs 4, Konservative 2, Grüne 3.
Wahlbeteiligung: 18 Prozent.

**Ungarn
21 Sitze**

Die regierende Fidesz-Partei, EVP-Mitglied, gewann wieder einmal deutlich, nämlich 12 Mandate. Die faschistische *Jobbik* (Die Besseren) bekam 3 Sitze, die Sozialistische Partei (MSZP) 4. Grüne 2.
Wahlbeteiligung: 28,9 Prozent.

**Zypern
6 Sitze**

Deutlicher Sieg (2 Sitze) für die pro-europäischen EVP-Partei *Demokratische Gesamtbewegung (DISY)*. Zweitstärkste Kraft (auch 2 Sitze) ist die Linke. Grüne und Kommunisten 2.
Wahlbeteiligung: 43,9 Prozent.

=====

Europawahl in Polen

Auszüge aus einem Sonderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung (Warschau)

Die Europawahl stieß bei einem Großteil der polnischen Bevölkerung auf wenig Interesse. So lag die Wahlbeteiligung bei nur 23,82 Prozent, Damit sogar noch unter dem Wert von 2009 (24,5%).



Polen-Premier Donald Tusk

Weshalb dieses deutliche Desinteresse? Der Europawahl ging ein sehr schleppender Wahlkampf voraus, der vor allem vom Konkurrenzkampf der beiden großen Parteien (PO und PiS) geprägt war. Klar zu identifizierende Leitthemen suchte man vergeblich. Außerdem fand der Wahlkampf **fast ausschließlich im Internet und im Fernsehen** statt. Beobachter konnten den Eindruck gewinnen, dass die Parteien angesichts der 2014 ebenfalls noch bevorstehenden Kommunalwahlen die Europawahl minderwerteten. Dies drückte sich auch dadurch aus, dass Wahlprogramme der Parteien fehlten. Um überhaupt eine Vorstellung von den europapolitischen Zielen der Parteien zu bekommen, mussten sich deshalb die Wähler und Beobachter an Grundsatzprogrammen der Parteien orientieren. Ebenso wenig aussagekräftig waren Parteilogos, so zum Beispiel die Devise der PO „Ein starkes

Polen in einem sicheren Europa“, welche ebenso von der PiS hätte stammen können. Aussagen oder gar Bekenntnisse, wie zum Beispiel für oder gegen einen Euro-Beitritt, wurden vermieden.

Die schlechte Wahlbeteiligung lässt sich insgesamt nicht aus einer Abneigung gegenüber der EU erklären, sondern gründet auf dem großen Misstrauen der polnischen Bevölkerung gegenüber den eigenen Politikern. Für einen Großteil der Wahlberechtigten stellt das Europäische Parlament demnach nur eine Art „Abstellraum“ für diejenigen Politiker dar, die es in der nationalen Politik nicht geschafft haben. Die negative Einstellung zur nationalen Politik lässt sich auch durch die sozialistische Vergangenheit erklären, die massiv zum Vertrauensverlust in der Bevölkerung beitrug.

Ungeachtet dessen ließen sich die Haltungen der polnischen Parteien zu europapolitischen Fragestellungen in größere Themenstränge bündeln: Es geht um die Zukunft der Europäischen Integration sowie die Finanz- und Energiepolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Die Parteien vertraten hierbei zum Teil stark voneinander abweichende Ansichten.

Die regierende Bürgerplattform (PO) sieht sich als die Europapartei und vermarktete die aktuellen wirtschaftlichen Erfolge des Landes, die ohne die EU kaum realisierbar gewesen wären. Auch der Koalitionspartner der PO, die Bauernpartei PSL, sieht die nun zehnjährige Mitgliedschaft Polens in der EU als gelungen an und möchte das Land noch mehr in die Gemeinschaft integrieren. Die größte Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) blieb ihrer Linie treu und positionierte sich gegen eine stärkere Einmischung der EU in interne polnische Angelegenheiten. Dabei setzt die PiS regelmäßig auf die Ängste vieler Polen vor "Fremdbestimmung". Ganz besonders beschwört die PiS als Gefahr herauf, dass größere Staaten, allen voran das die EU dominierende Deutschland, kleinere und mittlere Staaten an die Wand drücken würden. Polen wird dabei von der PiS bewusst klein geredet: Ein starkes Europa bedeute automatisch ein schwaches Polen.

Der Bund der Demokratischen Linken (SLD) gehört zu der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Er setzt sich für eine Föderalisierung der EU ein.

Auch in Polen gab es am rechten politischen Rand im Zuge des Europawahlkampfes erstarkte Akteure. Die **Neue Rechten** und die **Solidarna Polska** sehen in der EU eine allgemeine Gefahr für Polen. Einer der prominentesten Politiker dieses Spektrums, **Janusz Korwin-Mikke**, verfolgt den Austritt Polens aus der EU als politisches Hauptziel und konnte mit der Forderung nach „Befreiung vom europäischen Regelwerk“ immerhin mehr als sieben Prozent der Wähler an sich binden. Insbesondere bei Jungwählern (!) konnte er Stimmen gewinnen. Lange nicht ernst genommen, ist er nun ein Akteur, den die großen Parteien als wirkliche Konkurrenz betrachten müssen.

Eine Befürchtung weiterer Bevölkerungskreise und vieler Politiker ist allgegenwärtig, dass ein Euro-Beitritt die allgemeine Verteuerung noch beschleunigen würde. Das Thema Energiepolitik, insbe-

sondere der Aspekt der Energiesicherheit, hat an Wichtigkeit im Rahmen der Ukraine Krise gewonnen. Die PO/PSL-Regierung verfolgt hierbei als erklärtes Ziel die rasche Schaffung einer europäischen Energieunion, um die Abhängigkeit von russischem Gas nach Möglichkeit komplett zu beenden. Ebenso rückten die Einführung der Kernenergie, die Schiefergasförderung und die Stärkung der polnischen Kohleindustrie bei allen politischen Parteien auf die Tagesordnung. Dabei sind sich alle politischen Kräfte einig, dass Polens Unabhängigkeit vom russischem Gas wachsen mußte.

Schon lange vor den Europawahlen stand in Polen fest, dass diese von der innenpolitischen Agenda dominiert werden würden. Sie stellten damit den Auftakt zu einem Wahlkampfmarathon dar, dessen weitere Stationen die Kommunalwahlen im Herbst 2014 sowie die Präsidenten- und Parlamentswahlen im Frühsommer bzw. Herbst 2015 sein werden. Ungeachtet der Wahlbeteiligung war also das Ergebnis der Europawahl ein erstes Stimmungsindiz für die nachfolgenden Wahlen.

Ganz besonders die PO hatte sich von den Europawahlen nach einem geradezu dramatischen demoskopischen Absturz im Jahr 2013 ein gutes Wahlergebnis durch Trendwende erhofft. Bis vor dem Beginn der Ukraine-Krise hatte die liberal-konservative Regierungspartei oft bis zu zehn Prozentpunkte in der Wählergunst hinter der national-konservativen PiS gelegen. Dieser Negativtrend scheint jetzt zunächst einmal abgewendet. Die PO hat besonders in den letzten Tagen vor der Wahl ihre Anhänger durch eine starke Aufholjagd mobilisieren können.

Beide großen Parteien können insgesamt gestärkt aus dieser Europawahl herausgehen. Die Bevölkerung hat mit ihrer Stimmabgabe die aktuelle innenpolitische Situation abgebildet: Polen und seine Bevölkerung sind in zwei Lager gespalten; es gibt ein eher liberales, aufgeschlossenes, meist städtisches und modernes Polen, und es gibt ein national-konservatives, oft misstrauisch-ängstliches, mitunter auch rückständiges Polen.

Die **Neue Rechten** unter Janusz Korwin-Mikke waren die wirkliche Überraschung. Ihre junge, meist männliche Wählerschaft spiegelt die Unzufriedenheit innerhalb der nachwachsenden Generation, welche bei weitem nicht genug vom kleinen polnischen Wirtschaftswunder profitiert.



Das Europäische Parlament ist noch leer, Anfang Juli konstituiert es sich

Geschrieben und redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre **Spende deckt steigende Kosten**

Bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805
oder: BIC GENODED1WVI IBAN DE15 3706 9805 0101 4030 17